

Antrag

des Abgeordneten Nils Oehlmann und der Fraktion der Liberalen Demokraten

Technologieoffene Klimapolitik stärken – Innovation statt Verbote!

Der Bundestag möge beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Deutschland trägt Verantwortung, seinen Beitrag zur Erreichung der nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzziele zu leisten. Wirksamer Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke sind dabei keine Gegensätze, sondern können sich gegenseitig ergänzen.

Eine erfolgreiche Klimapolitik sollte sich an der Minderung von Treibhausgasemissionen orientieren und nicht einzelne Technologien oder Antriebsformen bevorzugen oder gar ausschließen. Innovationen entstehen dort, wo Wettbewerb, Forschung und unternehmerische Freiheit gefördert werden. Staatliche Vorgaben sollten deshalb klare Klimaziele definieren, den Weg zu ihrer Erreichung jedoch möglichst technologieoffen ausgestalten.

Deutschland verfügt über großes Potential in Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, Carbon Capture and Storage (CCS), Carbon Capture and Utilization (CCU), Kernfusion, Speichertechnologien, synthetische Kraftstoffen sowie der Digitalisierung von Energie- und Industriesystemen. Diese Potentiale gilt es konsequent zu nutzen, um Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen zu stärken.

Eine technologieoffene Klimapolitik stärkt Innovationen, erhält industrielle Wertschöpfung und ermöglicht es Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern, die jeweils effizientesten und wirtschaftlichen Lösungen zu wählen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Klimaschutzmaßnahmen konsequent technologieoffen auszugestalten und regulatorische Benachteiligungen einzelner klimafreundlicher Technologien auszubauen;
2. Forschung, Entwicklung und Markteinführung innovativer Klimaschutztechnologien, insbesondere in den Bereichen Wasserstoff, Kernfusion, Carbon Capture and Storage (CCS), Carbon Capture and Utilization (CCU), Energiespeicher sowie synthetische Kraftstoffe, gezielt zu unterstützen;
3. Planungs- und Genehmigungsverfahren für klimarelevante Infrastruktur und Zukunftstechnologie deutlich zu beschleunigen;
4. den europäischen Emissionshandel als zentrales marktwirtschaftliches Instrument des Klimaschutzes weiter zu stärken und internationale Kooperationen zum Emissionshandel zu unterstützen;
5. regelmäßig zu prüfen, ob bestehende gesetzliche Regelungen innovationshemmend wirken, und dem Deutschen Bundestag Vorschläge zum Abbau unnötiger regulatorischer Hürden vorzulegen.

Berlin, den 6. Juli 2026

Nils Oehlmann und Fraktion der Liberalen Demokraten